

Birgit Schäßler

Vergangenheit und Zukunft des Irak*



Prof. Dr. Birgit Schäßler, geb. in Würzburg, Studium der Geschichte, Islamwissenschaft und Politischen Wissenschaft in Würzburg, UC Berkeley und Erlangen/Nürnberg, u.a. wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politik des Modernen Nahen Ostens, forschte und lehrte an verschiedenen amerikanischen Universitäten (Duke U., Harvard U. und Georgia College & State U.) und lehrt seit 2002 Westasiatische Geschichte an der Universität Erfurt.

Die moderne Geschichte des Irak, die in vieler Hinsicht beispielhaft ist für die moderne Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens (Westasiens) beginnt mit dem Ende des Osmanischen Reiches, dessen arabische Provinzen Basra, Bagdad und Mosul 1920 zum Irak unter britischer Mandatsverwaltung wurden.

Der Irak zwischen den Weltkriegen

In der damaligen Weltlage, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, ließen sich die Großmächte in den Verträgen von Versailles ihre jeweiligen Einflussphären vom Völkerbund, dem Vorläufer der UNO, als Mandate bestätigen. Da es herrschende Meinung war, dass die ehemaligen Provinzen des Osmanischen Reiches, dessen Armeen im Ersten Weltkrieg geschlagen worden waren, noch nicht „reif“ genug waren, unter den komplexen Verhältnissen der modernen Welt zu existieren, stellte man ihnen die europäischen Siegermächte zur Seite. Die Briten waren sich indes uneinig, wie der Irak zu regieren sei. Eine Fraktion war für irakische Selbstverwaltung unter britischer Kontrolle, weil sie die Kosten der direkten Herrschaft scheute. Andererseits hatte die britische Verwaltung gleich nach der Besetzung des Landes die osmanischen Institutionen, wie die Stadträte, abgeschafft. Die neu geschaffenen Iraker selbst waren einerseits schockiert über diese britische Uneinigkeit, andererseits waren

* Ausführlicher in: Kai Hafez/Birgit Schäßler (Hrsg.), Der Irak. Land zwischen Krieg und Frieden, Palmyra Verlag, Juni 2003. Literatur: Charles Tripp, A History of Iraq, Cambridge 2000; Hanna Batatu, Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq, Princeton 1979; David McDowall, A Modern History of the Kurds, London 1996; Yitzhak Nakash, The Shi'is of Iraq, Princeton 1994; Eliezer Tauber, The Formation of Modern Syria and Iraq, London 1995; William Cleveland, A History of the Modern Middle East, 2000; Marion Farouk-Sluglett/Peter Sluglett, Der Irak seit 1958. Von der Revolution zur Diktatur, Frankfurt/M. 1991; Said K. Aburish, Saddam Hussein. The Politics of Revenge, London 2000; Sati al-Husri, Mudhakkirati fi-l-Iraq (Meine irakischen Memoiren), Bd.1 und 2, Beirut 1967/68; Ofra Bengio, Saddam's Word. Political Discourse in Iraq, Oxford 1998.

auch sie gespalten: Die einen, ehemalige Offiziere der osmanischen Armee, die lange nicht im Irak gelebt hatten, setzten sich für eine enge Zusammenarbeit mit den Briten ein; die anderen, die vor Ort geblieben waren und den Krieg durchlebt hatten, misstrauten den Briten und wollten Unabhängigkeit.

Die Bevölkerung des neuen irakischen Staates war zudem eine sehr heterogene. Im Norden, im Gebiet um die Städte Kirkuk und Mosul, lebten auf dem flachen Lande Kurden, in den Städten Turkmenen. Die Kurden gehörten zu den Volksgruppen, deren Siedlungsgebiet von den neuen Staaten zerteilt wurde. Sie bekamen bei der allgemeinen Neuordnung keinen eigenen Staat ab, sondern lebten fortan in den Staaten Irak, Türkei, Syrien und Iran.

Im Süden, in den Städten und den Sumpfgebieten des Schatt al-Arab, lebten Schiiten. Sie teilten diese religiöse Orientierung mit ihren Glaubensbrüdern im benachbarten Iran, sprachen aber Arabisch, und nicht Persisch. In ihrem Gebiet, nun also auf irakischem Boden, befanden sich die heiligen Stätten aller Schiiten in den Städten Nadschef und Kerbela.

In Bagdad und den kleineren Städten Mitteliraks gehörten die Iraker der sunnitischen Glaubensrichtung an, sozusagen der Mehrheitsausrichtung der Muslime. Es gab aber auch eine größere jüdische Gemeinde und etliche assyrische Christen in Bagdad. Auf dem flachen Lande, außerhalb der Dörfer in der Steppe, lebten große Beduinenstämme, die bis zu den neuen Grenzziehungen der Staaten die Steppen bis nach Syrien, Jordanien und Saudi-Arabien durchzogen hatten. Sie gehörten nominell ebenfalls der Mehrheitsausrichtung der Sunniten an. Aber auch die Schiiten und die Kurden waren in Stämmen organisiert.

Diese Bevölkerung hatte bis jetzt in drei verschiedenen osmanischen Provinzen gelebt, und war eher lokal ausgerichtet als national. In den Eliten und Mittelschichten vor allem der Städte, aber auch der großen Beduinenstämme, hatten viele Familien jedoch ihre Söhne in die alte Reichshauptstadt Istanbul zur Ausbildung entsandt. Die letzte Generation dieser Männer war sich bereits einer eigenen, arabischen Identität bewusst geworden, die sie gegen die türkische der Osmanen ins Feld geführt hatten. Etliche nun irakische Offiziere hatten an dem Aufstand 1916 gegen das im Krieg stehende Osmanische Reich teilgenommen, der Lawrence von Arabien weltberühmt machte.

Für die Briten stellte sich nun die Aufgabe, diese Bevölkerung in ein irakisches Staatsvolk zu schmieden. Für die Elite des Irak, ehemalige osmanische Offiziere und Verwaltungsbeamte, die die Weltpolitik aufmerksam verfolgten, waren die Völkerbundsmandate nur schlecht verbrämte kolonialistische Übergriffe. In der irakischen Bevölkerung begann es zu gären. Im schiitischen Kerbela gab Ayatollah al-Schirazi ein Rechtsgutachten (*fatwa*) heraus, dass den Dienst in der britisch-kontrollierten Verwaltung verbot. Schiitische Rechtsgelehrte verbündeten sich mit beduinischen Stammesführern, und im Mai 1920 erreichte die Unzufriedenheit Bagdad, Sitz der britischen Verwaltung. Massenveranstaltungen fanden vor abwechselnd sunnitischen und schiitischen Moscheen statt, und Delegationen versuchten, mit dem britischen Hochkommissar zu verhandeln. Auf die zunehmende Repression kam es im Juni 1920 zu einem bewaffneten Aufstand am mittleren Euphrat, der weitgehend von den Stämmen getragen wurde, unterstützt von den städtischen Schiiten und später auch von den Kurden. Die Motive der Aufständischen waren auch lokal, ließen sich aber in einer anti-britischen Haltung bündeln.

Der Aufstand kostete zwischen 6000 und 10000 Iraker und 500 britische und indische Soldaten das Leben, und rund 40 Millionen Pfund in Militärausgaben. In London war dies Wasser auf die Mühlen derjenigen, die direkte Herrschaft im Irak zu kostspielig fanden. Man merkte, dass man in den alten Verwaltungs- und Militäreliten des Osmanischen Reiches, die vielfach staatenlos geworden waren, ein qualifiziertes Führungspersonal für den neuen

Staat finden konnte, das billiger war als eine britische Verwaltung. Diese Männer konnte man brauchen, weil sie erfahren, pragmatisch, und gewohnt waren, den Willen einer imperialen Macht in autoritärer Weise durchzusetzen. Im Gegensatz zu ihnen, so schien der Aufstand gezeigt zu haben, waren die einheimischen Schiiten und Kurden mit ihrer Stammesorganisation und ihren religiösen Riten mit einer modernen Staatsführung nicht zu vereinbaren und folglich auch nicht zu beteiligen. Damit wurde der Ausschluss der Mehrheitsbevölkerung der Schiiten von der Macht im neuen Staat von den Briten nahtlos fortgesetzt.

Im März 1921 berief Winston Churchill, neu berufener Kolonialminister, die Konferenz von Kairo ein, die beschloss, als Staatsform im Irak die Monarchie einzuführen. Die stattliche Delegation aus dem Irak bestand aus dort stationierten britischen Verwaltungsbeamten und Offizieren, und ganzen zwei Irakern. Der Thron wurde dem Haschimitenprinzen Faisal aus dem Hedschas (heutiges Saudi-Arabien) angeboten, der mit dem Arabischen Aufstand von 1916 die Briten unterstützt hatte, und von den Franzosen aus Damaskus vertrieben worden war. Britische strategische Interessen wie die Sicherung der Kommunikationswege nach Indien und der Schutz der irakischen und iranischen Ölfelder waren natürlich unantastbar: britische Basen wurden gebaut, zwei große Stützpunkte der Royal Airforce, und durch ihre Berater kontrollierten die Briten die gesamte Außenpolitik des Staates.

Die Briten hatten sich in einer Serie von Verträgen festgelegt, dem Irak bis 1932 die Unabhängigkeit zu geben, jedoch unter Beibehaltung der Militärbasen und anderer Privilegien. Nach dem Tode des Königs, der einen jungen und politisch uninteressierten Nachfolger hinterließ, führte eine kleine Clique der ehemaligen osmanischen Beamten, die durch die von den Briten installierte Monarchie zu Macht und auch beträchtlichem persönlichen Reichtum gekommen waren, den Staat. Diese Männer hatten keine sozialen Reformen oder ähnliche Programme im Sinn, ihnen ging es eher um den eigenen Machterhalt. Die meisten von ihnen waren sich nur zu bewusst, was sie den Briten verdankten, und unterließen alles, was diese politisch verärgern hätte können.

Die Zeit der Putsche

Gegen diese Gruppe formierte sich Widerstand in den Rängen der Armee. Die jüngeren Offiziere, die sich selbst und die Armee als wahre Verkörperung der irakischen Nation sahen, drängten auf echte Unabhängigkeit, und strebten nach der Macht im Staat. 1936 organisierten sie den ersten Putsch (es gab derer sechs bis zum Jahre 1941), der die Regierung stürzte und die Armee zum wahren Machtfaktor in der irakischen Politik machte. Aber die Offiziere übernahmen in keinem Falle die Regierung, sondern setzten nach jedem Putsch einen Premierminister der alten zivilen Riege ein. Auch das parlamentarische System innerhalb der Monarchie schafften sie nicht ab. Dieses war aber natürlich durch die instabile Situation schwach und wenig funktionsfähig.

Trotz der formalen Unabhängigkeit blieb der Irak ein britischer Kolonialstaat, bis die europäischen Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg die Weltbühne an die USA (und die UdSSR) als neue Supermächte abtreten mussten. Streitigkeiten um die Militärbasen und um eine eigene Außen- und Sicherheitspolitik bestimmten diese letzten Jahre britisch-irakischer Verflechtung. Doch auch der Abzug der Truppen und Berater bedeutete, das musste der Irak und mit ihm die meisten anderen arabischen Staaten schnell erfahren, nicht das Ende der Abhängigkeit. Die Herausbildung der Strukturen des Kalten Krieges zwischen den Supermächten

zwang den Irak dazu, sich darin zu verorten, obwohl diese Struktur ihm (und den anderen arabischen Staaten) auch die Gelegenheit bot, zwischen den Blöcken zu manövrieren.

Die 1950er-Jahre brachten dramatische Veränderungen in der Politik der arabischen Schlüssel-Staaten, also Ägypten, Syrien und dem Irak. In allen drei Staaten brachte die Armee eine neue Schicht ehrgeiziger und politisch ausgerichteter Offiziere hervor, deren politisches Programm aus Nationalismus, zum ersten Mal auch sozialer Reform, ökonomischer Entwicklung und dem Streben nach militärischer Überlegenheit gegenüber Israel bestand.

Der charismatischste dieser Offiziers-Politiker war zweifellos Nasser, der 1952 die Monarchie in Ägypten hinwegfegte. Im Irak kam es 1958 zu einem Putsch unter Brigadier Abd-al Karim Qasem, der die Englandtreue alten Garde endgültig beseitigte. König Faisal II und die alte Elite wurden umgebracht. Der Staatsstreich wurde von einer geheimen Gruppe von 15 Offizieren durchgeführt, unter denen sich zwei Schiiten befanden. Die von den Briten installierte Monarchie, wurde im 37. Jahr ihrer Existenz abgeschafft. Brigadier Qasem rief die Republik aus, und machte sich selbst zu ihrem Präsidenten, bis er 1963 selbst gestürzt wurde.

Die soziale Situation des Irak war zu dieser Zeit, und durchaus als Erbe der Monarchie, verheerend. Rund 80 Prozent der irakischen Bevölkerung lebten auf dem Lande in elenden Verhältnissen. Rund 90 Prozent der Bauern lebten in Abhängigkeit von großen Landbesitzern, die man im politischen Sinne durchaus feudal nennen kann. Knapp 1 Prozent der Landbesitzer hatte die Verfügungsgewalt über 55 Prozent allen Privatlandes. Eine rapide zunehmende Landflucht ließ die Bevölkerung Bagdads zwischen 1947 und 1957 von 515.459 auf 793.183 anwachsen. Im Jahre 1956 wurde die Zahl der *sarifas*, Hütten aus Palmenzweigen, das irakische Pendant zum nordafrikanischen *Bidonville* Elendsviertel in den Außenbezirken von Bagdad auf 16.400 geschätzt, die 92.000 Menschen, darunter vielen Schiiten, Unterkunft boten.

Qasems Putsch wurde deshalb von vielen auch als die „Revolution“ empfunden, die er proklamierte. Schon einige Wochen nach seiner Machtergreifung verkündete er eine Landreform. Er war der erste Machthaber, der bereit war, auf die Wünsche der Kurden nach Autonomie und der Schiiten auf Beteiligung am Staat, einzugehen. Er war jedoch nicht gewillt, Macht zu teilen. Weder unter ihm, noch unter seinen Nachfolgern bis 1968 (von 1963 bis 1968 waren die Brüder Arif an der Macht) gab es Wahlen. Außenpolitisch zog Qasem den Irak aus dem Bagdad-Pakt heraus, und lehnte ihn an die Sowjetunion an.

Der Fall der Monarchie, der soziale Sprengstoff und die instabile politische Lage leisteten dem Aufkommen starker Parteien Vorschub. Sowohl in Syrien als auch im Irak bildete sich eine mitgliederstarke Kommunistische Partei heraus, und als deren stärkste Rivalin die Ba'th-Partei, die Partei der „arabischen Wiedererweckung“. In beiden Ländern entwickelte sich eine neue Machtelite aus dieser Partei heraus. Sowohl Hafez al-Asad in Syrien als auch Saddam Hussein nutzten die Partei zu ihrem Aufstieg.

Saddam Hussein - Herkunft und Aufstieg

Nachdem die irakische Geschichte seit den 1960er-Jahren eng mit der Person Saddam Husseins verbunden ist, bietet es sich hier an, ein politisches Porträt dieses Mannes zu skizzieren. Saddam Hussein wurde 1937 in Tikrit in äußerst ärmliche Verhältnisse geboren. Sein Vater starb wohl, bevor er auf die Welt kam. Eine Familie ohne männliches Oberhaupt war (und ist) im Nahen Osten eine gefährdete und schwache gesellschaftliche Einheit. Saddam musste sich

schon früh selbst durchschlagen, oft im wahrsten Sinne des Wortes. Er war ein Straßenjunge. Eine reguläre Schulausbildung kannte er nicht, und den Geruch der Straße würde er nie wieder loswerden. Nach der erneuten Heirat seiner Mutter wuchs er bei einem Onkel, Khairalla Tulfah, auf, der der wichtigste Bezugspunkt seiner Jugend wurde. Er war Leutnant in der irakischen Armee gewesen, und war von den Briten für seine Teilnahme an einem anti-britischen Aufstand 1941 für 5 Jahre ins Gefängnis geworfen worden. In Saddams neuem Elternhaus, ebenfalls ein armes, herrschte eine hochpolitische, nationalistische und erbittert anti-koloniale Atmosphäre, in der der junge Saddam eine ganze Reihe Tikriter Offiziere im Dunstkreis seines Onkels kennen lernte. Außerdem ging er zum ersten Mal in seinem Leben zur Schule. Er lebte bis zu seinem 18. Lebensjahr in Tikrit, dann zog er nach Bagdad und begann eine weiterführende Schule. Mehr noch aber zog es ihn in die Politik. Schon 1957 war er der Ba'th Partei beigetreten, und im Jahre 1959 beteiligte er sich an einem Attentat auf Präsident Qasem, der der Ba'th Partei zu kommunistenfreundlich und den nebulösen Tugenden des arabischen Nationalismus zu wenig zugeneigt war. Die Ba'th Partei war natürlich nicht die einzige Kraft, die die Kommunisten fürchtete. Sie konnte bei ihrem Bestreben, Qasem zu stürzen, auf die Hilfe westlicher Geheimdienste, vor allem des CIA, zählen. Saddams erster großer Auftritt in der Politik, als Attentäter, schlug fehl. Verletzt entkam er, indem er den Tigris durchschwamm, eine Szene, die er literarisch und als Kinofilm verewigen ließ. Die Sache beeinflusste ihn tief. Das Attentat war schlecht vorbereitet gewesen, und wenn er auch in der Zukunft verheerende Entscheidungen treffen würde, mangelnde Vorbereitung würde man Saddam in Zukunft nicht mehr vorwerfen können. Er floh nach Kairo, wo er im Alter von 24 Jahren seine Schulausbildung vollendete.

Nachdem Qasem 1963 vom ersten der Gebrüder Aref, Abdel Salam, gestürzt worden war, kehrte Saddam Hussein zurück nach Bagdad und stieg mit Hilfe eines entfernten Verwandten aus Tikrit, Ahmad Hasan al-Bakr, innerhalb der Ba'th Partei auf, die 1968 an die Macht kam. Die Probleme, die der Irak vor dem Ba'th Putsch hatte, waren sowohl alte, als auch neue, die Qasems Sturz der Monarchie mit sich gebracht hatte. Die Kurden im Norden wollten Kurdistan, ob nun in den Grenzen des Irak oder als unabhängige Einheit. 1966 trat Jallal Talabani aus der Kurdisch-Demokratischen Partei von Mustapha Barzani aus und gründete die Patriotische Union Kurdistan, eine eher linksgerichtete und weniger tribale Partei. Zum ersten Mal organisierten sich die Schiiten im Süden politisch, über ihre Geistlichkeit, und äußerten ihre politischen Wünsche. Schon 1957 hatten sie eine religiös-politische Partei gegründet mit dem Namen al-Dawa al-Islamiya (der islamische Ruf) die sich langsam vergrößerte und etablierte. Ihr Programm war und ist ein demokratisches: freie Wahlen, mit der die Mehrheit an die Macht kommen würde. Das allgemeine Misstrauen, das den Schiiten gegenüber herrschte, wurde noch verstärkt, als Ayatollah Khomeini 1964 vom Schah aus dem Iran vertrieben wurde und im irakischen Süden lebte und predigte, bis er 1978 weiter nach Paris geschickt wurde.

In den Worten eines Biographen von Saddam Hussein, Said Aburish, war er der Mann, der als aufsteigender Stern am Ba'th Himmel die Aussichten und Erwartungen des Landes am besten ausdrücken und verkörpern konnte. Nach diesem Biographen war Saddams großes Vorbild Stalin, dessen Charakter und Politik er eindringlich studiert hatte, und dessen mörderische Macht- und Modernisierungspolitik er imitierte. Ein weiteres Vorbild war Nasser, weniger in seiner konkreten Politik als in seiner charismatischen Führungsrolle und Ausstrahlung über die ganze arabische Welt. Seinem ersten Vorbild ist Saddam treuer geblieben, und auch die Popularität, die er im Krieg in den Straßen arabischer Hauptstädte hatte, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass er Nassers Beliebtheit nie erreichte.

Wenn Saddam Stalin sein wollte, so war al-Bakr, der neue starke Mann der Ba'th Partei, eine Leninsche Vaterfigur, die Saddam beerben würde. Al-Bakr machte den noch nicht dreißigjährigen Saddam zum Parteivize, und Saddam etablierte sich erneut als der Mann fürs Grobe, der im Untergrund wirkte. 1968 gelang der Staatsstreich (gegen den zweiten der Aref Brüder) und al-Bakr wurde Präsident und Premierminister. Ebenso war er der Vorsitzende des Revolutionären Kommandorats, des eigentlichen Machtzentrums im Staat, und Saddam Hussein auch hier sein Vize. Die Ränge der Armee und der Verwaltung wurden „gesäubert“, und „verdächtige Elemente“ öffentlich gehängt oder ins Gefängnis geworfen. Ende der 1970er-Jahre belief sich die Anzahl „offizieller“ Hinrichtungen auf 86.

Im Januar 1976 ließ sich Saddam Hussein, der keinerlei militärische Ausbildung besaß, rückwirkend zum 1. Juli 1973 in den Rang eines Generals „befördern“. Wenige Wochen später wurde bekannt gegeben, dass die militärischen Einheiten der Ba'th-Partei unter Führung von Taha Yasin Ramadan in Ergänzung zur Volksmiliz verdoppelt würden. Damit war al-Bakr, der sich auf die Beziehungen zur Armee gestützt hatte, entmachtet, und trat 1979 zurück. Saddam wurde sofort zum Präsidenten, Generalsekretär der Ba'th Partei, Vorsitzenden des RKR, und Oberkommandierenden der Streitkräfte. Um seine Macht ein für alle Mal zu zementieren, ließ er etwa 60 Mitglieder des Revolutionären Kommandorates und der Parteiführung als „Verräter“ hinrichten, darunter auch frühere enge Freunde. Er verlas ihre Namen in einer öffentlichen Sitzung, sie wurden abgeführt, und nie wieder gesehen. Saddam Hussein, angesichts von so viel „Verrat“, wischte sich die Tränen aus den Augen. Die Szene wurde gefilmt, und das Videoband im ganzen Land verteilt. Niemand sollte Zweifel daran haben, was ihm bei mangelnder Begeisterung für das Regime und seinen Führer zustoßen konnte.

Was Saddam Hussein aber auch war, das war ein Musterschüler der Modernisierung im technokratischen Sinne. Es war Saddam, der endlich 1972 die Irakische Ölkompagnie verstaatlichte, und die Öleinnahmen in ehrgeizige industrielle Projekte steckte. Ähnlich wie der Nachbarstaat Syrien gab es im Irak eine vom Staat kontrollierte Planwirtschaft mit einigem privatwirtschaftlichem Spielraum. In den 1970er-Jahren sagte man im Westen dem Irak voraus, dass er bis zum Jahre 2000 einer der kleineren Industrienationen weltweit sein könnte. Auch in der Landwirtschaft versuchte man zu modernisieren. Und die Öleinnahmen erlaubten die Einrichtung eines Sozialsystems, das dem Regime mit kostenlosem Gesundheitswesen und freier Universitätsausbildung, zusammen mit den guten Verdienstmöglichkeiten der modernen Wirtschaft die Akzeptanz der Bevölkerung erwarb.

Unter Qasem war der Irak das erste arabische Land, in dem eine Frau Ministerin wurde. In den 1970er-Jahren wurde unter Saddam auch die Stellung der Frau in der Gesellschaft verbessert, gemäß dem säkularen und reformistischen Ansatz der Ba'th Ideologie. Die Praxis arrangierter Ehen wurde entmutigt, es wurde den Frauen erleichtert, sich scheiden zu lassen (eines der schwierigen Kapitel im islamischen Recht), und das islamische Recht der Polygamie wurde nicht nur von der Zustimmung der Ehefrau, sondern auch der Erlaubnis eines Richters abhängig gemacht (und damit entmutigt). Der Zugang der Frauen zur höheren Bildung wurde entscheidend ausgeweitet, und bis 1982 waren über 30 Prozent der Universitätsstudenten weiblichen Geschlechts. Das Regime ermutigte Frauenerwerbsarbeit durch Einrichtung von Kinderbetreuungsstätten, bezahltem Mutterschaftsurlaub und gleicher Bezahlung.

Dem Analphabetismus wurde der Kampf angesagt. Bildung lag Saddam Hussein, der selbst durch seine Herkunft so lange davon ausgeschlossen worden war, und dessen Eltern Analphabeten waren, besonders am Herzen. Tausende von Alphabetisierungszentren wurden im Land errichtet, und von den älteren Irakern verlangt, sie für mindestens zwei Jahre zu

besuchen. Überlieferte gutmütige Kaffehauswitze über „Großvater Plato“, der noch als Greis das Buchstabieren lernte, und den seine gebildeteren Freunde aufforderten, ihnen doch eine arabische Ode zu schreiben, zeugten davon, dass die Kampagne im Land auch durchgeführt und angenommen wurde. Natürlich wurden alle Bildungsinstitutionen auch genutzt, um Parteidoktrin und konformes politisches Verhalten zu propagieren.

In den 1970er-Jahren also schien der Irak, nominell unter al-Bakr, de facto aber unter Saddam Hussein, auf dem besten Wege, ein Musterfall für die Entwicklung eines Dritt-Welt-Landes zu sein. 30 Jahre später, vor Ausbruch des Krieges am 20. März 2003, war der Irak, immer noch unter Saddam Hussein, ökonomisch am Boden, und in der internationalen Politik ein Pariah. Was war schief gegangen?

Der Weg in den Ruin

Der Schlüssel liegt in Saddams gewalttätiger und riskanter Außenpolitik. Die erste Gelegenheit, die Saddam Hussein sah, um eine hegemoniale Position in der Golfregion aufzubauen, war der Ausbruch der iranischen Revolution 1979. Die Beziehungen zwischen dem Irak und dem Iran verschlechterten sich rapide und beide Seiten beschuldigten sich gegenseitig der Unterwanderung. Die Iraker, indem sie darauf hinwiesen, dass die Iraner die irakischen Schiiten zum Sturz des Regimes aufriefen und die Kurden unterstützten, und die Iraner, indem sie die Iraker bezichtigten, in Khuzistan und Arabistan den Aufruhr zu schüren. Spannungen nahmen in der ersten Hälfte des Jahres 1980 zu. Khomeini machte damals keinen Hehl daraus, dass er die islamische Revolution auf den Irak, Saudi-Arabien und die Golfstaaten ausweiten wollte. Eine Sezession der Kurden konnte der Irak verkraften, wenn es nur um die Bevölkerung und nicht um die Ölgebiete ging. Aber die Schiiten stellten die Mehrheit der Bevölkerung. Obwohl sie in ihrer Mehrheit im kommenden ersten Golfkrieg zu ihrer Heimat Irak stehen würden, misstraute Saddam ihnen noch immer. Er setzte auf Gewalt, und beschloss, den Iran anzugreifen. Hier fand er sofort die Unterstützung der Ölmonarchien Kuwaits, Saudi-Arabiens, und der kleineren Golfstaaten, die in der Islamischen Revolution eine eminente Bedrohung sahen. Dafür stellte sich Syrien, ein arabisch-republikanisches Bruderland, auf die Seite des Iran. Saddam Hussein erhielt außerdem die Unterstützung sowohl der USA als auch der UdSSR.

Was Saddam Hussein als kurze Militäraktion gegen ein neues und schwaches Regime geplant hatte, artete zum „längsten konventionellen Krieg des 20. Jahrhunderts aus, der Milliarden in Geld und Hunderttausende in Toten kostete“ (William Cleveland). Die Bevölkerung des Iran mit ca. 42 Millionen, war rund dreimal so groß wie die des Irak mit ca. 13,5 Millionen. Teheran ist 850 Kilometer von Bagdad entfernt, beide Länder haben eine 1.300 Kilometer lange gemeinsame Grenze. Es war eine Torheit von Saddam, zu glauben, er könne den Iran jemals besiegen. Seine schiitische Bevölkerung stellte sich eher auf die Seite des Vaterlandes als auf die des Khomeinis. So sehr die islamische Republik Iran sich auch bemühte, den Krieg als Kampf zwischen den Kräften des islamischen Rechts, der islamischen Rechtschaffenheit und denen des großen Satans in Bagdad hinzustellen, es waren nur wenige irakische Schiiten, die tatsächlich auf die iranische Seite übergingen. Es kam nicht zu massenhaften Desertionen der irakischen Armee, obwohl doch die große Mehrheit der Wehrpflichtigen und einfachen Soldaten Schiiten waren.

Trotz seiner Schwäche im Jahr 1988 war der Iran immer noch in der Lage, dem Irak ernstlichen Schaden zuzufügen und irakisches Gebiet besetzt zu halten. Im Frühjahr 1988

startete der Iran mit Hilfe der beiden wichtigsten kurdischen Organisationen im Irak, der PUK und der KDP, eine Offensive im Norden und eroberte am 15. März die Stadt Halabja. Am Tage darauf bombardierte die irakische Luftwaffe Halabja mit Giftgas und tötete rund 5.000 Zivilisten.

Der Krieg endete nach 8 Jahren, 1988, ergebnislos, und wurde von Saddam Hussein in gewohnt großspuriger Weise propagandistisch ausgeschlachtet. Es gab keine territorialen Gewinne auf beiden Seiten, aber die neue islamische Regierung des Iran hatte überlebt und der Irak war als Folge des Krieges hoch verschuldet. Damit begann die Entwicklung in die nächste Katastrophe für den Irak unter Saddam.

Zu Beginn des Konflikts hatte die irakische Führung versucht, die Bevölkerung so weit wie möglich aus dem Krieg herauszuhalten. Die Entwicklungsprogramme wurden fortgesetzt, und es gab keine Importbeschränkungen. Damit gingen die Devisenreserven des Irak in Höhe von 35 Milliarden Dollar rapide zurück. Die Öleinnahmen gingen aufgrund der Angriffe auf die Ölfelder von 29 Milliarden Dollar im Jahr 1980 auf 7 Milliarden Dollar drei Jahre später ebenfalls drastisch zurück. Obwohl die Ölstaaten damit begonnen hatten, für den Irak Öl zu verkaufen, und große Summen bereitzustellen, mussten die Auslandskredite aufgestockt werden. Die größten Schulden, etwa 50 Milliarden Dollar, hatte der Irak bei Saudi-Arabien und Kuwait. Saddam Hussein war der Meinung, und wurde nicht müde, dies öffentlich kundzutun, dass er den Krieg gegen den Iran im Namen der „arabischen Nation“ geführt habe, um die anderen Golfanrainer zu schützen. Er wollte diese Schulden erlassen haben.

Außerdem beschuldigte er Kuwait, das Rumaila Ölfeld, das grenzübergreifend gelegen ist, auszubeuten und irakisches Öl „zu stehlen“. Der größte Konfliktstoff lag jedoch in der Tatsache, dass Kuwait und die anderen Golfmonarchien sich nicht an die in der OPEC vereinbarten Förderquoten hielten, und damit den internationalen Ölpreis senkten. Da ihre Investitionen im Westen lagen, waren sie in der Tat an einem niedrigeren Ölpreis interessiert. Saddam interpretierte dies als einen Wirtschaftskrieg gegen sich und den Irak. Tareq Aziz, damals Außenminister, erklärte, dass jeder Dollar, den der Ölpreis sank, den Irak eine Milliarde an Jahreseinkommen kostete. Das Regime setzte zu einer geschickten Propagandakampagne an, in der Kuwait als Verräter an der arabischen Sache dargestellt wurde, als Verbündeter einer amerikanisch-israelischen Verschwörung gegen den Irak und die gesamte arabische Nation.

Im Innern des Irak fühlte sich Saddam Hussein von einem Offizierskorps bedroht, das durch den langen Krieg zusammengeschweißt worden war. Er reagierte in gewohnter, brutaler Weise. Etliche Generäle hatten tödliche Unfälle, und 1988/89 wurden Attentatspläne auf ihn aufgedeckt, die von Hinrichtungen gefolgt waren. Sein Misstrauen machte auch vor einem engeren Verwandten, seinem Vetter und Schwager Adnan Khairallah Tulfah, dem Verteidigungsminister nicht halt. Als dieser 1989 in einem Hubschrauberabsturz ums Leben kam, glaubte im Irak niemand an einen Zufall.

Doch es war seine ökonomische Situation und der Versuch, in der neuen internationalen Ordnung der 1990er-Jahre den herausgehobenen Platz einzunehmen, von dem er glaubte er gebühre ihm, dem „notwendigen Führer des Irak“, der ihn antrieb. Und so tat er wieder das, was ihm am besten lag und suchte sein Heil in Gewalt und Überfall. In völliger Verkennung der internationalen Lage und der Reaktion der arabischen Welt befahl er seinen Truppen, am 2. August 1990 in Kuwait einzufallen. Er hatte sich zwar, so dachte er zumindest, des „grünen Lichts“ aus den USA versichert, als ihm die damalige Botschafterin April Glaspie mitteilte, die USA würden sich nicht in inner-arabische Belange einmischen, und von den arabischen Staaten erwartete er, sie würden sich auf seine Provokation hin auf Verhandlungen und

Konzessionen einlassen. Doch das war weit gefehlt. Unverzüglich verurteilten die Arabische Liga und die Vereinten Nationen den Völkerrechtsbruch. Die USA legten sich auf den kompromisslosen Abzug des Irak aus Kuwait fest, und verlegten innerhalb von sechs Monaten über eine halbe Million Truppen nach Saudi-Arabien. Die UN Sicherheitsrats-Resolution 678 vom November 1990 forderte den bedingungslosen Abzug aller irakischen Truppen von kuwaitischem Boden bis 15. Januar 1991 und autorisierte militärische Gewalt, sollte der Irak nicht nachgeben. Am 16. Januar begann ein gnadenloses Bombardement aus der Luft, das sechs Wochen dauerte. Erst dann wurden Bodentruppen eingesetzt. Am 28. Februar wurde ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Die Taktik Saddam Husseins bis dahin war völlig gescheitert: Kuwait als Pfand für ökonomische Konzessionen der Golfstaaten zu nehmen, durch seine Annexion als 19. irakische Provinz den Preis für den irakischen Rückzug heraufzutreiben, schließlich den Rückzug zu überleben. Nur Letzteres glückte, und ab da befand sich das Regime wieder auf vertrautem Kurs: Ziel war, an der Macht zu bleiben, um jeden Preis.

Als im März 1991 Aufstände im Süden und Norden des Irak ausbrachen, die durch amerikanische Äußerungen, die Iraker sollten sich gegen Saddam Hussein auflehnen, durchaus ermutigt worden waren (Präsident George Bush und General Norman Schwarzkopf hatten sich beide in diese Richtung geäußert), wurden diese vom Regime blutig niedergeschlagen, teilweise in Sichtweite US-amerikanischer Truppen. Die Kriegsallianz hatte ihr Ziel erreicht, Kuwait zu befreien, und entschied sich gegen eine Ausweitung des Mandats.

Saddam Hussein blieb an der Macht. Immerhin richtete die Koalition, gestützt auf eine neue UN-Resolution 688, „sichere Häfen“ im Irak durch Flugverbotszonen ein, um Saddam daran zu hindern, ein zweites Halabja in seiner Bevölkerung anzurichten. 12 Jahre Sanktionen und die Suche und Zerstörung von Massenvernichtungswaffen reduzierten Saddam Husseins politische Vormachtsambitionen in der Region nur noch auf das Ziel, mit seinem engsten Kreis von Clansverwandten zu überleben. Das Regime, einschließlich der unmittelbaren Familie Saddams, kam moralisch vollends auf den Hund. Die meisten seiner 20 protzigen Paläste, in denen zu Zeiten der Waffeninspektoren Giftfabriken vermutet worden waren, wurden in dieser Zeit gebaut, während die Bevölkerung unter den Sanktionen zu leiden hatte. Die Flugverbotszonen, eigentlich eingerichtet, um seine Bevölkerung vor ihm zu schützen, wurden zu Bestrafungsbombardierungen gegen seine Luftabwehr genutzt, unter denen wiederum die Bevölkerung zu leiden hatte.

Der dritte Golfkrieg und die Zukunft des Irak

Dient der Krieg, der nun seit dem 20. März 2003 geführt wird, ohne UN-Mandat, gegen das Völkerrecht, gegen den Willen der arabischen Welt (mit Ausnahme Kuwaits) und gegen den Willen des „alten Europa“ (im wesentlichen Frankreichs, Deutschlands und Russlands) dann wirklich der Befreiung der irakischen Bevölkerung, wie es immer wieder öffentlich beschworenes Ziel von Präsident George W. Bush und Premierminister Tony Blair ist?

Hier muss man natürlich zwischen Kriegspropaganda und den wahren Kriegszielen unterscheiden, die sehr viel mehr zu tun haben mit US-amerikanischen Hegemonie- und Neuordnungsvorstellungen, dem Krieg gegen den internationalen Terrorismus (auch wenn dieser durch den Krieg nicht eingedämmt, sondern im Gegenteil angefacht werden wird), dem Schock des 11. September 2001 (mit dem der Irak nichts zu tun hat), der Kontrolle des irakischen Öls, und dem Profilierungsstreben eines Sohnes (George W.), das „unfinished

business“ des Vaters (George Bush) zu Ende zu bringen, als mit der Sorge um das Leid des irakischen Volkes unter Saddam Hussein.

Und trotzdem: sollte das irakische Volk nicht doch froh sein, wenn das Regime und sein Diktator endlich fallen? Die Freude der Iraker ist verhalten. Dies ist nicht überraschend, weil die anfängliche Treffgenauigkeit der US-amerikanischen und britischen Bomben zunehmend abnahm und zivile Opfer starben, weil die Krankenhäuser mit Verletzten überfüllt sind, und weil die Zivilbevölkerung keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser hat und sich vor dem Chaos der Nach-Saddam Zeit fürchtet. Und weil die Iraker, so sehr sie Saddam auch loswerden wollen, den Invasoren, und so sehen sie die Koalitionstruppen, zutiefst misstrauen. Dies gilt weniger für die Kurden, die an der Seite der Amerikaner kämpfen, doch auch sie wissen, dass sie ihr ureigenstes Ziel, die Schaffung eines unabhängigen Kurdenstaats, nicht verwirklichen werden können. Zu stark ist der Widerstand der Türkei, und zu stark sind die Bindungen zwischen ihr und den USA, trotz der verweigerten Aufmarscherlaubnis.

Die Iraker warten ab, weil sie nicht sicher sind und auch nicht sein können, was ihnen der Abgang des Regimes bringen wird. Allen Ankündigungen der Briten und Amerikaner zum Trotz stehen die Zeichen für eine echte Demokratisierung nicht übermäßig gut. Ähnlich wie die Briten nach dem ersten Weltkrieg stehen die Amerikaner vor der Wahl, einen fundamentalen Wandel in der Politik und Gesellschaft Iraks zu bewirken, was Zeit und sehr viel Geld kosten würde. Die billigere Alternative ist die Installierung einer irakischen Regierung, die die strategischen Interessen der USA respektiert und ihnen freien Zugang zu den geplanten Militärbasen lässt. Da das irakische Öl den Wiederaufbau finanzieren soll, ist auch die Kontrolle über das Öl zunächst einmal gesichert. In diesem Falle können auch die Truppen nach dem Sieg bald wieder abgezogen werden, weil die irakische Marionettenregierung die Sicherung der Basen und der Ölverwaltung übernimmt, und alles tut, um diejenigen, die sie an die Macht gebracht haben, nicht zu verärgern.

Es spricht einiges dafür, dass sich diese imperiale Logik, wie wir sie am Beispiel der Briten vor 80 Jahren gesehen haben, durchsetzt. Das würde auch beinhalten, dass sich die neue Regierung auf die alten Eliten in Verwaltung und Militär stützt, so weit sie nicht im unmittelbaren Umkreis von Saddam Hussein standen. Korruption und Clanmentalitäten haben aber vor allem während der letzten 12 Jahre stark zugenommen (der Clan Saddams gab ein sehr schlechtes Beispiel ab) und sind ein schweres Erbe für jede neue Regierung. Doch die neuen Elite aus dem Exil, die man in den USA gehätschelt hat und wahrscheinlich an die Macht bringen wird, ist selbst problematisch, wie man an den drei folgenden Kandidaten sehen kann.

In den Irak eingeflogen wurde bereits Ahmad al-Chalabi, Hauptfigur des Irakischen Nationalkongresses (INC), der 1992 mit Hilfe der CIA gegründet wurde. Al-Chalabi ist ein ehemaliger Banker, der durch seine Flucht 1989 von Jordanien nach London berühmt wurde, nachdem er in seiner Bank Millionen unterschlagen und seine Kunden ruiniert hatte, wofür er in Amman - in Abwesenheit - zu 22 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Auch die US Administration fand bald heraus, dass Ausgaben in Millionenhöhe aus dem Fond, den sie dem INC zur Verfügung gestellt hatte, nicht recht belegt waren. Dies sind wohl keine guten Eigenschaften für einen Staatschef. Es wird sich zeigen, ob al-Chalabis westliche Manieren in Bagdad so gut ankommen wie in Washington. Er hat seit rund 45 Jahren nicht mehr im Irak gelebt.

Zwei weitere Kandidaten sind noch problematischer. Brigadier-General Najib al-Salihi war Kommandeur einer Panzerdivision von Saddams Republikanischer Garde im letzten Golf-Krieg und als solcher bei der Invasion Kuwaits und der Niederschlagung der Aufstände 1991

beteiligt, was er in einem Buch mit dem bezeichnenden Titel *al-Zilzal*, das Erdbeben, niederlegte. Nachdem er an einer weiteren Niederschlagung der Opposition 1995 beteiligt war, desertierte er und lief in die USA über. Er steht an der Spitze der von der CIA gesponsorten Bewegung der Freien Irakischen Offiziere in Washington, die behaupten, sie könnten bis zu 30.000 Mann aufstellen. Der Schlimmste der Kandidaten ist wohl General Nizar al-Khazraji. Nach den Informationen einiger Menschenrechtsgruppen ist er der Feldkommandeur, der 1988 den Giftgasangriff auf Halabja befiehlt hat. Er ist der älteste der Defektoren, und war Saddams Oberbefehlshaber von 1980 bis 1991, also während des irakisch-iranischen Krieges und während der Invasion Kuwaits. Er verließ den Irak 1996, und erhielt politisches Asyl zuerst in Spanien und dann in Dänemark, wo er kürzlich auf mysteriöse Weise verschwand, obwohl er unter Hausarrest und Polizeibewachung stand. Die Vorwürfe von kurdischen und Menschenrechtsgruppen, er sei für den Giftgasangriff auf Halabja zumindest mitverantwortlich gewesen, waren vom dänischen Justizministerium ernst genommen worden.

Nachdem Qasem 1958 die Monarchie stürzte, und Iraker heute überzeugte Republikaner sind, ist die haschemitische Option so gut wie ausgeschlossen. So ungeeignet diese Kandidaten sind, sie haben den Kräften im Irak selbst voraus, über gute Beziehungen zu den USA zu verfügen. Die alteingesessenen Parteien, die unter Saddam Hussein schwer verfolgt wurden, und deshalb im Irak ein weit höheres Maß an Glaubwürdigkeit besitzen, wie die Kommunistische Partei und die schiitische Dawa-Partei, sind für die Amerikaner weitgehend inakzeptabel.

Für die Akzeptanz jeder neuen Regierung im Irak aber wird es darauf ankommen, wie sich die Übergangszeiten anlassen, die im Augenblick diskutiert werden. Eine möglichst kurze Zeit der Herrschaft eines amerikanischen Militärs (im Gespräch ist der ehemalige General Garner), in der die Rückkehr ziviler Zustände und Wiederaufbau gewährleistet werden, eine möglichst kurze Zeit der Interimsverwaltung, in der alle ethnischen Gruppen vertreten sind und in der durch glaubwürdige Kandidaten Konflikte zwischen den Exilanten von außen, und Politikern im Innern, die im Land geblieben sind, minimiert werden, und dem Irak ein föderales System gegeben wird, hätte möglicherweise Aussicht auf Erfolg. Und wenn eine frei gewählte Regierung, und keine Marionette, möglichst bald die Geschäfte in die Hand nähme, und wenn die Amerikaner dem Land bald wieder völlige Unabhängigkeit gäben (einschließlich der geplanten Militärbasen), dann könnte man vielleicht optimistisch sein. Dies ist allerdings ein großes „Wenn“. Die historischen Parallelen sind in der Tat frappierend. Das britische Empire lässt grüßen.